



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Semitismus und Antisemitismus in Österreich-Ungarn

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Semitismus und Antisemitismus in Osterreich-Ungarn



Während des Krieges um Sebastopol bezeichnete Lord John Russell den Staat Osterreich, also das heutige Osterreich-Ungarn, in etwas unhöflicher Ausdrucksweise als das neue gelobte Land. Nach den jüngsten Vorgängen gewinnt es den Anschein, als hielten die Auserwählten die Zeit für gekommen, sich als Herren im Lande zu zeigen. So mancher Zeitungsartikel weckt Erinnerungen an alte Weisen, wie „Warum toben die Heiden, die Könige im Lande lehnen sich auf“ u. s. w., die aber natürlich „modern“ gesetzt sind. Der Satz, daß man nicht Gott dienen könne und dem Mammon, hat keine Geltung mehr, da ja Mammon der wahre Gott ist; die ihn anbeten, sind die „Freisinnigen, die Fortschrittslichen, die Verteidiger der Kultur und Gesittung“ gegen den Ansturm der Götzendiener. Diese Klassifikation fiel längst auf in den Berichten über Streitigkeiten der Wiener Studenten, jetzt wird sie allgemeiner angewandt. Ist irgendwo ein Christ gewählt worden, der seinen Glauben ernst nimmt, so erhebt sich ein Wehgeschrei, doppelt laut, wenn er gar dem geistlichen Stande angehört. Nicht als ob man die Meinungsäußerung unterdrücken wollte: beileibe nicht! man ist ja liberal und daher duldsam. Aber solche Meinungen sind gottlos, sollten überhaupt nicht vorhanden sein. Man ist auch der Geistlichkeit keineswegs feindlich gesinnt; wenn sie sich judensfreundlich zeigt, darf sie auf die ausgiebigsten Lobsprüche rechnen. Nur die Baalspriester müßten von Rechts wegen behandelt werden, wie in den fernen schönen Zeiten, und es ist entsetzlich, daß sich die Regierungen noch so lässig zeigen, den Urteilen der hohen Presse Kraft zu geben. In Ungarn giebt es Verworfenne, die der Einführung der Zivilehe nicht zujubeln, das Oberhaus erkühnte sich sogar, die Vorlage zu verwerfen — thut sich denn kein Abgrund auf für diese Rotte Korah? Und in Wien —

Doch bleiben wir zunächst in „Transleithanien,“ um die dortige Entwicklung der Dinge nach gedruckten und schriftlichen Mitteilungen zu betrachten.

Die Magyaren haben sich den Ruf praktischer Politiker erworben, scheinen jedoch dessen überdrüssig zu sein. Durch zähe Ausdauer und geschickte Benutzung der Verlegenheiten und Mißgeschicke des Reichs hatten sie die Anerkennung der Verfassung von 1848 durchgesetzt, dem großen Staatsmanne Beust eine „Gemeinsamkeit“ mit den deutsch-slawischen Ländern abgetrotzt, in der ihnen bei völlig gleichen Rechten nur ein Drittel der Pflichten zufällt; sie verstanden es, mit eiserner Faust die andern Volksstämme Ungarns unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen; ihre Finanzen sollen leidlich in Ordnung, die wirtschaftlichen Zustände befriedigend sein; das Verhältnis zum Herrscherhaus ist das allerbeste, auf österreichischer Seite will man sogar mitunter eine Bevorzugung alles Ungarischen bemerken. Freilich war es längst kein Geheimnis mehr, daß jüdische Geld- und Zeitungsmacht einen bedenklichen Einfluß auf alle öffentlichen Angelegenheiten nimmt, und lärmenden, von Studenten geführten Volksmassen wird eine Einmischung in die Politik gestattet, die in einem geordneten Staatswesen unmöglich sein sollte. Am bedauerlichsten kam dieses Unwesen bei dem Begräbnis Franz Rostuths zu Tage. Weder die tumultuierende Menge, noch die „feurigen“ Redner, unter ihnen natürlich junge Herren mit deutschen Namen, die ihren Ahnen wahrscheinlich zwangsweise beigelegt worden sind, werden sich wohl der Bedeutung ihres Treibens bewußt gewesen sein. Sie erhitzen und berauschten sich selbst mit patriotischen Phrasen und bedachten nicht deren beleidigenden Sinn für den Monarchen, dem sie sonst mit dem landesüblichen Elfen überschwänglich huldigen. Denn der Gefeierte war doch derselbe Mann, dessen staatsmännische Eigenschaften in Redegewandtheit und rücksichtsloser Dreistigkeit bestanden, der sein Land ins Verderben gebracht, das Haus Habsburg-Lothringen des Throns verlustig erklärt, die Krone einem russischen Großfürsten angetragen hatte, dann als Gouverneur und Excellenz von eignen Gnaden die Rolle eines Prätendenten spielte und mehr als vierzig Jahre lang (noch grotesker als die letzten Demokraten, die dem deutschen Reiche die Anerkennung versagen, weil weder die Frankfurter Verfassung noch das Königreich Hannover wiederhergestellt, und Elsaß und Lothringen Frankreich abgenommen worden sind) bis an sein Lebensende in dieser Rolle verharret hat. Daß die Regierung eine solche Totenfeier für den unversöhnlichen Feind des Reichs und der Dynastie duldet, beweist doch mindestens eine arge Schwäche.

Und unmittelbar darauf der erbitterte Streit um die Zivilehe! Unfre Gewährsmänner, im wahren Sinne liberale Magyaren, versichern, daß sich das Volk im großen und ganzen herzlich wenig um die Sache gekümmert habe. Die verschiedenen Bekenntnisse, Römisch- und Griechisch-katholische, nichtunirte Griechen, Protestanten und Calvinisten, Juden und Zigeuner u. s. w. genießen

unbeschränkte Glaubensfreiheit, leben ohne Zwistigkeiten neben und durch einander, die Ehe der Katholiken ist nicht, wie in Österreich, unlösbar, der Übertritt von einer Konfession zu einer andern ungehindert. Und da mit Ausnahme eines Teils der Calvinisten und der Mehrheit der Juden alle Gegner der Zivilehe sind, begreift man nicht, weshalb das Ministerium mit solcher Hartnäckigkeit auf der Annahme der Gesetzworlage bestanden, eine Kabinettsfrage daraus gemacht, eine Kollision mit der Krone und den Bruch mit dem — von jeher ungarisch-national gesinnten — Klerus herbeigeführt hat. Allerdings war es auch auffallend, daß sich die Katholiken, geistliche und weltliche, so heftig gegen eine Einrichtung aussprachen, mit der man sich in ganz Westdeutschland so gut abgefunden hat.

Die Erklärung für beide Erscheinungen lautet folgendermaßen. In Ungarn hat das Freimaurerwesen noch eine uns Fernstehenden schwer verständliche Wichtigkeit. Der Orden ist dort noch der Sammelpunkt der „Aufgeklärten,“ der „Freidenker,“ verfolgt kirchenseindliche Tendenzen. Den Mitgliedern, namentlich Juden und Calvinisten, kann es gleichgültig sein, ob die katholische Kirche den gemischten Ehen gegenüber den sakramentalen Charakter der Ehe mit aller Strenge aufrecht erhält, da sie auch als Katholiken nicht genötigt sind, sich katholisch trauen zu lassen. Aber es galt, der Kirche einen Streich zu versetzen, und deshalb wurde die Führung der Standesregister (Matrikeln) den Geistlichen entzogen. Diese stehen von nun an außer jeder bürgerlichen Beziehung zur Gemeinde. Möglich ist es ja, daß sich einzelne unnötig eingemischt haben, aber in ihrer Gesamtheit verdienen sie, wie versichert wird, nicht im mindesten einen solchen Beweis des Mißtrauens. Dazu kommt das allgemeine Bildungsniveau und das politische Parteiwesen in den Provinzen. Auf dem Lande soll häufig der Geistliche der einzige sein, der zur Führung der Register befähigt ist, es müßte denn der jüdische Krämer hinlänglich Kenntnis des Lesens und Schreibens haben. Und was die autonomen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden anlangt, so behaupten Kenner der Verhältnisse, daß die Gewohnheiten aus der Türkenzeit noch immer nicht überwunden seien; Geschäftsleute in Österreich und Deutschland befehligen sich im Verkehre mit Ungarn der äußersten Vorsicht und Zurückhaltung, weil sie meinen, bei Rechtsstreitigkeiten komme dort nie etwas heraus; wie es in Zeiten der Wahlbewegung zuzugehen pflegt, ist zur Genüge bekannt. Woher soll da das Vertrauen zu den neuen Standesbeamten kommen? Von der Ministerbank aus ist die Versicherung erteilt worden, die Zivilehe werde der Unsitte steuern. Natürlich — wie in Frankreich!

Neben diesem Siege des Semitismus nimmt sich der kürzlich in Wien erschotene vollends poffenhast aus, und es ist begreiflich, daß sich die Wigblätter des Stoffes bemächtigt haben, wie denn eins die Formel gefunden hat, die Juden müßten für die Unbill entschädigt werden, die ihnen schon im fernsten

Altertum von den Antisemiten angethan worden sei. Aber mit guten oder schlechten Wizen ist die Sache nicht abgethan, die Sprache der „ernsten“ Blätter läßt zu deutlich erkennen, daß es sich auch in Wien um eine Kraftprobe handelte. Man höre! Eine Anzahl „Doktoranden“ der Medizin erklären eines Tags in allen Zeitungen, daß sie mit der „Freiwilligen Rettungsgesellschaft“ nichts mehr zu thun haben wollen, weil der Oberarzt die Juden zurücksetze. Sofort ist das Vaterland, ja die Menschheit in Gefahr, die verbreitetsten Zeitungen läuten Sturm gegen die Gesellschaft, wohlzumerken eine Privatgesellschaft! die Verunglückten beispringt, ohne sie nach ihrem Glauben zu fragen, aber sich — angeblich — herausnimmt, nicht jeden jüdischen Studenten der Medizin zu beschäftigen. Die um ihren Ruf besorgte Gesellschaft setzt sofort einen hochnotpeinlichen Spezialgerichtshof ein, dessen Mitglieder, wie behauptet und unsers Wissens nirgends bestritten worden ist, ohne Ausnahme erklärte Philosemiten sind, an der Spitze als Großinquisitor ein Professor der Pathologie und Therapie, namens Rothnagel, der sich, wie die Folge gezeigt hat, als Parteimann ebenso geschätzt wie verhaßt gemacht hat, während seine wissenschaftlichen Verdienste im stillen geblieben sind. Das Ergebnis der Untersuchung muß äußerst dürftig gewesen sein, da der Spruch lautete, der Oberarzt habe verabsäumt, einer „Unterströmung“ rechtzeitig entgegenzutreten. Nun ist die Zivilisation wieder gerettet, falls nicht entdeckt werden sollte, daß noch unverhältnismäßig viel Ärzte angestellt sind, die weder den Vorzug jüdischer Herkunft haben, noch sich ihrer Abstammung schämen. (Rom teilt bekanntlich die Menschen in Katholiken und Akatholiken, Roms Nachfolger in der Weltherrschaft wären daher wohl berechtigt, den Namen Juden einzuführen.) Wundern würden wir uns nicht, wenn demnächst gefordert würde, das Strafgesetzbuch um einen Paragraphen zu bereichern, der die Vernachlässigung der schuldigen Ehrerbietung gegen Juden mit schweren Strafen belegte.

Leider hatte die Sache noch ein Nachspiel. Nichtjüdische Studenten aus allen Nationalitäten gaben dem Professor Rothnagel ihre Unzufriedenheit zu erkennen, und zwar sehr ungehörigerweise zu Beginn seines nächsten Vortrags. Er ließ sich durch den Lärm nicht abhalten, das Hereinschaffen eines Typhuskranken zu befehlen. Und nun trug sich etwas merkwürdiges zu. Der Kranke folgte mit gespannter Aufmerksamkeit dem Demonstrieren der Studenten, und als er untersucht wurde, konnte eine Wendung zum Bessern beobachtet werden. Daß diese Wirkung vom Professor vorausgesehen worden sei, wird bezweifelt. Die Studenten begingen einige Tage später eine zweite Taktlosigkeit. Als eine Deputation mit scheinbar günstigem Bescheid vom Rektor zurückkehrte, stimmten sie die „Wacht am Rhein“ an. Daß ihnen dies als österreichfeindliche Demonstration ausgelegt und weiblich ausgebeutet werden würde, hätten sie wohl voraussehen können.

Doch darf billigerweise nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß sie von

der judenfreundlichen Presse auf alle erdenkliche Weise herausgefordert worden waren. Historiker und Kulturhistoriker würden gut thun, einige Wiener Blätter (die ja jetzt überall zu sehen sind) aus den letzten Monaten zu sammeln, da sie wertvolles Material zum Verständnis des gegenwärtigen Entwicklungsprozesses enthalten. In Ungarn haben die „Liberalen“ in aller Form gesiegt, die Krone hat sich gefügt, wenn auch die Mitteilungen, daß bald dieser, bald jener im Staatsdienste stehende ungarische Aristokrat wegen seiner Abstimmung gegen die Zivilehe gemäßregelt werden solle, wohl nur als Ausdruck frommer Wünsche zu nehmen sein dürften. Und der übermütige Ton, den die entsprechende Partei in Osterreich anschlägt, verrät auch dort die Siegeszuversicht. Auch ohne Verdächtigenesetz ist die Einführung der Gesinnungsinquisition in dem ersten Falle gelungen; wie lange wird es dauern, daß „die öffentliche Meinung“ eine Purifikation der Staatsbehörden verlangt?

Und dabei wundert man sich über das Anwachsen des Antisemitismus und die Gewaltthätigkeit, mit der auch er häufig auftritt!



Das Börsenspiel

nach den Protokollen der Börsenkommission

Von O. Bähr

(Schluß)



chon in meinem früher erwähnten Aufsatze vom Februar d. J. habe ich es als unerhört bezeichnet, daß eine zum Kampfe gegen ein schweres soziales Übel berufne Versammlung hochangesehener Männer Vorschläge macht, die darauf abzielen, das Übel erst recht zu befestigen. Aus dem Sitzungsprotokoll vom 12. Oktober 1892 ergibt sich, daß der Antrag Wieners, das Differenzspiel unbedingt für klagbar zu erklären, mit zehn gegen acht Stimmen gefaßt worden ist. Wir sehen nun auch klarer darüber, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht wurde.

Mit allen Mitteln dialektischer Kunst wurde dahin gestrebt, den Begriff des „reellen Termingeschäfts,“ das man dem „bloßen Differenzgeschäft“ gegenübergestellt hatte, dahin zu erweitern, daß er jedes Differenzgeschäft umfasse, wenn dieses nur nicht dem Spielenden unmittelbar zum Verderben gereiche. Am klarsten ergibt sich das aus dem einem Sachverständigen gemachten Vorhalt, ob er es denn nicht als ein „legitimes Geschäft“ anerkenne, wenn ein wohl-